Local Content als Teil der handels- und industriepolitischen Toolbox

bei anhaltender geopolitischer Verschärfung, in gewissen kritischen Sektoren, gemeinsam mit Trusted Partners

Einleitung und Hintergrund

In einer global vernetzten Wirtschaft sind **offene Märkte, stabile Lieferketten und internationale Kooperation** entscheidende Erfolgsfaktoren. Deswegen ist für die Elektro- und Digitalindustrie der Erhalt des freien, globalen Handels von höchstem Interesse. Pauschale Local-Content-Vorgaben stehen dazu in einem klaren Widerspruch. Dennoch wächst der Druck durch **protektionistische Maßnahmen anderer Staaten**. Ein smarter Umgang mit dem Spannungsfeld aus Resilienz, wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und geopolitischer Robustheit wird damit zur industriepolitischen Notwendigkeit.

In jüngster Zeit mehren sich **geopolitisch motivierte Eingriffe in den Welthandel** – darunter massiv erhöhte Zölle, umfangreiche Subventionsprogramme und industriepolitische Vorgaben, die zu **wachsendem Druck auf offene Märkte** führen. Vor dem Hintergrund dieser Spannungen und eines sich zuspitzenden Handelskonflikts zwischen den USA und China steht Europa vor der Herausforderung, die eigene Industrie gezielt zu stärken, ohne den internationalen Handel zu gefährden. Während die Branche im Jahr 2024 auf der einen Seite Waren im Wert von 246 Milliarden Euro ins Ausland geliefert hat, wurden auf der anderen Seite Elektrogüter in Höhe von 255 Milliarden Euro nach Deutschland importiert.

Vor diesem Hintergrund könnten gezielte **Local-Content-Anforderungen für eng abgesteckte und klar definierte Bereiche** strategische Anwendungsbereiche stärken, dürfen jedoch internationale Wertschöpfungsketten nicht übermäßig belasten. Entscheidend ist ein **ausgewogener Ansatz**, der Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und internationale Handelsverpflichtungen in Einklang bringt.

Begrifflichkeiten und internationaler Kontext: Die Diskussion um Local Content bzw. lokalen Mindestanteilsregelungen ist global relevant, da große Wirtschaftsmächte wie China und die USA bereits umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Industrie und Standorte umgesetzt haben.

- **China** verfolgt mit Initiativen wie **„Made in China 2025“** eine ehrgeizige Strategie zur Stärkung der heimischen Produktion und setzt klare Lokalisierungsanforderungen durch. Besonders in High-Tech-Bereichen sind Unternehmen verpflichtet, hohe Inlandanteile nachzuweisen. Der Plan sieht vor, den Anteil inländischer Kernmaterialien in diesen Bereichen bis 2025 auf 70 % zu erhöhen. Zur Umsetzung dieser Ziele setzt China auf staatliche Subventionen und Maßnahmen, die den Marktzugang für ausländische Unternehmen einschränken, um die heimische Wertschöpfung zu maximieren.
- **Indien** verfolgt mit **„Make in India“** eine ähnliche Strategie und setzt in Schlüsselbranchen auf Local-Content-Vorgaben. Öffentliche Aufträge und Subventionen sind an Mindestwertschöpfungsanteile gebunden, was ausländische Unternehmen zur Lokalisierung zwingt und die heimische Industrie stärkt.
- Die **USA** bevorzugen aktuell mit dem **„Inflation Reduction Act“** gezielt amerikanische Unternehmen bzw. inländische Produktion und setzen Subventionen als industriepolitisches Mittel ein. Mindestanforderungen an US-amerikanische Wertschöpfungsanteile sind Bedingung für staatliche Förderungen, insbesondere im Bereich Elektromobilität, erneuerbare Energien und Mikroelektronik. Seit dem erneuten Amtsantritt von Präsident Trump hat sich die wirtschaftspolitische Linie weiter verschärft. Neue, teils drastisch erhöhte Zölle bzw. deren Androhung und eine konsequente “Buy American”-Politik belasten die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zusätzlich.

Beispiel 1: Der Inflation Reduction Act beinhaltet eine Steuergutschrift von 30 % für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien wie Solar- und Windparks sowie einen Bonus von zusätzlichen 10 % der Projektkosten für die Nutzung inländischer Komponenten. Um den Bonus zu erhalten, müssen alle Eisen- und Stahlprodukte eines Projekts im Inland „geschmolzen und gegossen“ werden. Außerdem müssen 40 % der Komponenten gefertigter Produkte wie Module, Tracker und Wechselrichter in den USA hergestellt werden. Bei Offshore-Windkraftanlagen, einer für die USA relativ neuen Industrie, muss der inländi-sche Anteil 20 % der Kosten ausmachen.

Beispiel 2: Das chinesische Ministerium für Industrie und Informationstechnologie hat eine Richtlinie für heimische Automobilhersteller erlassen, 20 bis 25 % ihrer Chips im Inland zu beschaffen. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf den Anteil der Chips pro Fahrzeug als auch auf ihren Anteil am gesamten Beschaffungswert. Die Richtlinie ist bislang nicht verbindlich. Allerdings soll ein Prämiensystem die einheimischen Autohersteller dazu ermutigen, sich an die Richtlinie zu halten.

Die USA, Indien und China schaffen damit Beschränkungen sowohl für ihre heimischen als auch global agierende Unternehmen, in der Hoffnung, den eigenen Standort relativ gesehen zu stärken.

Die **EU** steht vor der Herausforderung, einerseits im offenen europäischen Binnenmarkt Wettbewerbsverzerrungen durch Drittstaaten zu begegnen und Gegenseitigkeit (Reziprozität) einzufordern, andererseits aber auch keine unnötigen Belastungen oder gar Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen und Wertschöpfung zu erdulden oder gar zu schaffen.

Ausgangslage und europäischer Rahmen

Vorschlag der Europäischen Kommission

Vorschläge wie der Net-Zero Industry Act (NZIA) oder der **Clean Industrial Deal (CID)** enthalten Local-Content-Vorgaben, die europäische Produktion in strategischen Sektoren – z. B. Speichertechnologien oder Netzinfrastruktur – gezielt fördern sollen. Gerade der NZIA verfolgt einen **selektiven industriepolitischen Ansatz**. Diese Fokussierung auf strategische Technologien ist nachvollziehbar – aber nur dann akzeptabel, wenn sie keine umfassende Marktabschottung nach sich zieht.

Ziel dieser Mindestanteilsregelungen ist es, die EU **widerstandsfähiger gegenüber globalen Krisen zu machen** und gleichzeitig technologische Schlüsselbereiche in Europa zu halten. Betroffen sind insbesondere öffentliche Beschaffungen und geförderte Projekte.

Perspektive der Industrie: strategisch, selektiv, international anschlussfähig

Die deutsche Elektro- und Digitalindustrie befürwortet den Ansatz, den **europäischen Industriestandort zu stärken** und im Wettbewerb mit zunehmend protektionistischen Maßnahmen anderer Staaten geeignete Instrumente zu entwickeln. Dafür braucht es ein konsistentes Zusammenspiel wirksamer industrie- und handelspolitischer Instrumente, die verhindern, dass technologische Kompetenz schrittweise ins Ausland abwandert. Neben gezielten Förderungen sollte der **Abschluss weiterer Freihandelsabkommen** prioritär vorangetrieben werden, um Märkte offenzuhalten und Reziprozität zu sichern.

Pauschale, sektorübergreifende “Buy European”-Vorgaben sieht die Branche jedoch **nicht als zielführend** an. Stattdessen spricht sich die Industrie für einen **differenzierten Ansatz** aus: In strategischen Anwendungsfeldern kann die Prüfung gezielter Local-Content-Vorgaben sinnvoll sein, sofern diese klar begrenzt und gut begründet sind. Es kommt daher sehr auf die **konkrete Ausgestaltung** an.

Zentrale Risiken einer zu weit gefassten Umsetzung sind insbesondere:

- **Belastung globaler Lieferketten:** Die Elektro- und Digitalindustrie ist Teil **hochkomplexer, internationaler Wertschöpfungsnetzwerke**. Unternehmen beziehen Rohstoffe und Komponenten sowohl aus der

EU als auch aus Drittstaaten, um eine **breite Palette an Endprodukten** wettbewerbsfähig herzustellen.

- **Steigende Kosten und Wettbewerbsnachteile:** Strikte Local-Content-Vorgaben könnten die **Produktionskosten erhöhen** und die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen beeinträchtigen.
- **Erhöhter regulatorischer Aufwand:** Unternehmen müssten **nachweisen, dass ihre Produkte Local-Content-Anforderungen erfüllen**, was zu einem **bürokratischen Mehraufwand** führen würde.
- **Gefahr vor einer Spirale von Gegenmaßnahmen:** Es besteht das Risiko, dass gezielte Gegenmaßnahmen von Drittstaaten das **Exportpotenzial** margenstarker europäischer Investitionsgüter senken.

Empfehlungen für einen ausgewogenen Local-Content-Ansatz

Klar definierte strategische Sektoren und ein verbindlicher Trusted-Supplier-Ansatz als Leitlinien

Die deutsche Elektro- und Digitalindustrie spricht sich für einen **ausgewogenen, risikobasierten und selektiven** Ansatz bei Local-Content-Vorgaben aus. Entscheidend ist ein Rahmen, der gezielte Resilienzförderung ermöglicht, ohne internationale Wertschöpfungsketten zu gefährden oder europäische Unternehmen zu isolieren. Zwei Leitprinzipien stehen dabei im Mittelpunkt:

1. die **enge Begrenzung auf klar definierte strategische Sektoren;**
2. ein **verlässlicher Trusted-Supplier-Ansatz**, der sichere Lieferketten in sensiblen Bereichen gewähr-leistet.

Die EU muss Resilienz stärken, ohne sich abzuschotten. Solange Drittstaaten wie China, Indien oder die USA ihre industriepolitischen Strategien fortführen oder gar verschärfen, ist ein robustes europäisches Antwortformat erforderlich. Local Content kann dabei ein Teil des Instrumentariums sein – aber nur als **gezielte Maßnahme, nicht als pauschale industriepolitische Antwort.**

Wenn andere Staaten ihre Vorgaben weiter ausweiten, muss auch Europa notfalls nachziehen, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner strategischen Industrien nicht dauerhaft zu gefährden. Eine solche Rückfallposition muss vorbereitet, aber nicht voreilig aktiviert werden.

Folgende Leitlinien sind für einen wirtschaftlich und handelspolitisch anschlussfähigen Ansatz zentral:

- **Förderung eines europäischen Markts:** In eng umgrenzten Bereichen kann die Einführung von Mindestquoten sinnvoll sein, etwa um die Marktfähigkeit europäischer Anbieter zu verbessern oder Investitionen gezielt zu lenken. Voraussetzung ist eine sektorspezifische Bewertung.
- **Fokus auf kritische Technologien:** Local-Content-Vorgaben sollten sich ausschließlich auf essenzielle Technologien und Produkte mit strategischer Relevanz beschränken, um Verzerrungen im Binnenmarkt und globalen Handel zu vermeiden.
- **Erhalt technologischer Exzellenz:** Vorgaben dürfen nicht dazu führen, dass Qualitätsanforderungen unterlaufen werden. Europäische Resilienz darf nicht auf Kosten der technologischen Leistungsfähigkeit gehen.

Trusted Supply statt Autarkie

Gerade in sicherheitsrelevanten Bereichen wie kritischer Infrastruktur, Cybersicherheit oder Verteidigung gilt es, robuste Lieferketten durch vertrauenswürdige Partner zu gewährleisten. **Nicht maximale Lokalisierung,** sondern **gezielte Kontrolle und Nachvollziehbarkeit der Lieferbeziehungen** stehen im Vordergrund zur Vermeidung kritischer Abhängigkeiten und zur Abwehr von Spionage und Sabotage. Ziel ist es, durch lokalisierte bzw. lokal kontrollierte Beschaffung zusätzliche Resilienz aufzubauen.

Komponenten für Kernbereiche kritischer Infrastrukturen sollten daher ausschließlich von verlässlichen und vertrauenswürdigen Quellen bezogen werden – **lokal verankert** oder **rechtlich kontrollierbar über demokratisch legitimierte Partnerstaaten.** Dieser Schutzgedanke ist im Cyber Resilience Act (CRA), in der Network Information Security (NIS2) Directive (EU 2022/2555) und im White Paper for European Defence Readiness 2030 bereits verankert.

Erforderlich ist ein **durchdachter Trusted-Supplier-Ansatz**, der klare Kriterien und Standards für den Bezug vertrauenswürdiger Elektronikkomponenten festlegt. Nach dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) kann das Bundesministerium des Innern bereits heute unter bestimmten Voraussetzungen den geplanten erstmaligen Einsatz einer kritischen Komponente gegenüber dem Betreiber einer Kritischen Infrastruktur untersagen oder Anordnungen erlassen. Diese Möglichkeiten bestehen auch hinsichtlich des weiteren Einsatzes einer kritischen Komponente in einer kritischen Infrastruktur. Auch politisch findet der Trusted-Supplier-Ansatz Rückhalt im Anfang April 2025 vorgestellten Koalitionsvertrag zwi-schen CDU, CSU und SPD: „In sensiblen Bereichen der kritischen Infrastruktur dürfen ausschließlich vertrauenswürdige Komponenten verbaut werden.“ (Zeile 282 f.) Als Referenzrahmen für sicheres Sourcing könnte gelten:

- **Für kritische Infrastruktur** sollten nur Produkte und Komponenten verwendet werden, die in der EU oder in Partnerstaaten mit vergleichbaren Sicherheitsstandards hergestellt wurden – und zwar durch Unternehmen, die der jeweiligen nationalen Jurisdiktion unterstehen. Voraussetzung ist die Einhaltung der EU-Sicherheitsstandards für kritische Infrastrukturen oder das Bestehen entsprechender Kooperationsvereinbarungen mit der EU.
- **Für Verteidigungsgüter:** Produktion in NATO-Mitgliedsstaaten durch Unternehmen eines NATO-Mitgliedstaats als strategischer Rahmen.

Fazit

Local-Content-Vorgaben können in klar abgegrenzten strategischen Bereichen ein sinnvoller Beitrag zur Resilienz europäischer Industrie sein. Voraussetzung ist ein **differenzierter Ansatz**, der **Wettbewerbsfähigkeit** wahrt, **internationale Verpflichtungen berücksichtigt** und **vertrauenswürdige Partnerschaften** einbezieht – im Sinne eines ausgewogenen Verhältnisses von ‚**Promote, Protect, Partner**‘.

Kontakt
Miriam Palczynska-Zachmann • Senior Manager International Affairs • Global Affairs & Economics
Tel.: +49 30 306960-16 • Mobil: +49 151 2644-1513 • E-Mail: mpz@zvei.org

Impressum
ZVEI e. V. • Verband der Elektro- und Digitalindustrie • Amelia-Mary-Earhart-Str. 12 • 60549 Frankfurt a. M.
Lobbyregisternr.: R002101 • EU Transparenzregister ID: 94770746469-09 • www.zvei.org

Datum: 31.05.2025